

/// Reformchampion oder Staatszerfall?

ÄTHIOPIEN – SCHLÜSSELAND AUF DER KIPPE

MARTIN PABST /// Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1991 nahm Äthiopien eine teils positive, teils negative Entwicklung. Ökonomische Erfolge waren von Autoritarismus und Korruption begleitet. Der seit 2018 amtierende Premierminister Abiy Ahmed versprach eine Demokratisierung und schloss Frieden mit dem langjährigen Intimfeind Eritrea. Doch gefährdet nun der bewaffnete Konflikt mit der Region Tigray die Stabilität des Landes.

Der afrikanische Stabilitätsfaktor

Als eng mit den USA verbundene Regionalmacht gilt Äthiopien als Stabilitätsfaktor am Horn von Afrika und unterstützt die Bekämpfung des dschihadistischen Terrorismus. Seine 162.000-Mann-Armee war und ist unverzichtbarer Teil von Friedensmissionen der Afrikanischen Union (AU) und der UNO. Seine demokratische Verfassung ist ethno-föderalistisch ausgerichtet, womit die immer wieder aufgetretenen Spannungen zwischen den ca. 80

Bevölkerungsgruppen ausgeglichen werden sollen. Die Hauptstadt Addis Abeba beherbergt das AU-Hauptquartier, die UN-Wirtschaftskommission für Afrika und zahlreiche weitere UN-Organisationen.

Nach dem Erlass des größten Teils der Schulden im Jahr 2005 setzte ein konstant hohes Wirtschaftswachstum ein. Zwischen 2010 und 2017 betrug es im Jahresdurchschnitt 10,2 Prozent. Davon profitierte auch eine sich vergrößernde städtische Mittelschicht.



Für den Friedensschluss mit Eritrea wurde der neu ernannte Premierminister Abiy Ahmed im Dezember 2019 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Äthiopien galt bisher als **STABILITÄTSAKTOR** in Afrika.

Gezielt erfolgten Investitionen in die Infrastruktur. So wurde 2018 die alte Schmalspurbahn zwischen Addis Abeba und dem Nachbarstaat Dschibuti durch eine elektrifizierte Eisenbahnlinie in Normalspur ersetzt. Geplant ist, sie nach Kenia und in den Sudan zu verlängern. Finanziert, gebaut und betrieben wird die Lebensader von einem chinesischen Unternehmen, ebenso wie die 2015 eröffnete Stadtbahn in Addis Abeba, das erste derartige ÖPNV-System südlich der Sahara. 2011 begann der Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) am Blauen Nil. Dieser soll 5,15 GW Strom für die Industrialisierung und Elektrizitätsexporte liefern. Die 2021 in Kraft getretene African Continental Free Trade Area (AfCFTA) bietet der Wirtschaft große Entwicklungschancen. International avancierte das Land zum Hoffnungsträger.

Doch die Entwicklung hatte auch ihre Schattenseiten. In der Tradition des kaiserlichen wie kommunistischen Äthiopiens strebte das Land regionale Hegemonie an. So marschierte die Armee 2006 in Somalia ein und blieb dort zweieinhalb Jahre lang. Eritrea wurde im Mai 1993 die Unabhängigkeit zugestanden, doch eskalierten die Spannungen zum Krieg (1998 bis 2000) mit an die 100.000 Toten. Die Klärung des umstrittenen Grenzverlaufs durch eine Grenzkommission in Den Haag (2002) zugunsten Eritreas setzte Äthiopien

nicht um. Die permanente Kriegsgefahr führte auf beiden Seiten zu hoher Militarisierung. Der sozialistische Einparteiensstaat Eritrea führte sogar einen unbefristeten Militär- und Arbeitsdienst ein, der viele junge Staatsbürger in die Flucht treibt.

Hinter der demokratischen Fassade wurde Äthiopien autoritär geführt. In der regierenden Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF), einem Bündnis von vier ethnischen Parteien, war die Tigray People's Liberation Front (TPLF) die bestimmende Kraft. Tigrayer saßen an den Schalthebeln von Politik, Verwaltung, Militär, Geheimdiensten und Staatsfirmen. Die Vergabe von Landtiteln, Lizenzen und Genehmigungen war von erheblicher Korruption begleitet.

Als die vergleichsweise transparenten Parlamentswahlen im Mai 2005 der Opposition 35 Prozent der Sitze einbrachten, verschärfte Premierminister Meles Zenawi (TPLF) den autoritären Kurs. 2010 gewann nur noch ein einziger Oppositionskandidat ein Mandat, 2015 fielen alle 547 Sitze an die EPRDF. Kritiker und Oppositionelle wurden schikaniert, gefoltert und inhaftiert, die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen behindert.

Die EPRDF-Parteien bestimmten die Politik in den Regionen, unabhängige Volksgruppenvertreter konnten sich

Hinter der demokratischen
Fassade wurde Äthiopien lange
AUTORITÄR regiert.

nicht einbringen. In der Region der Oromos, die sich seit jeher benachteiligt fühlen, lieferten sich Regierungskräfte mit der separatistischen Oromo Liberation Front (OLF) Scharmützel. Hinter der Fassade des ethno-föderalen Ausgleichs wuchsen landesweit Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Regionen forderten höhere Zuwendungen vom Zentralstaat, benachteiligten aber auf ihrem Territorium ansässige Minderheiten und beanspruchten Land in Nachbarregionen.

Angesichts einer rasch wachsenden Bevölkerung, einer regional unausgewogenen Politik und weitgehender Nichteinbeziehung der lokalen Gemeinschaften blieben die Entwicklungsfortschritte begrenzt. Im UNDP-Weltentwicklungsbericht von 2020 nahm Äthiopien nur den 173. Platz unter 189 Ländern ein. 61,5 Prozent der Einwohner waren von schwerer multidimensionaler Armut betroffen.¹

Staatliche Landenteignungen führten zum Verlust der Lebensgrundlagen, Verarmung und Binnenmigration. Millionen Kleinbauern und Nomaden verloren von 2000 bis 2020 ihr Land aufgrund agrarindustrieller Projekte, Industriezonen und Stadterweiterungen. Ziel der Regierung ist die Verpachtung von drei Millionen Hektar an ausländische Investoren. Eine Million davon ging bereits vorwiegend an indische und saudische Firmen. Die Binnenmigration heizte sozio-ökonomische und ethnopolitische Konflikte in urbanen Zentren an. Ein Teil der Großprojekte rief auch Umweltschäden hervor.²

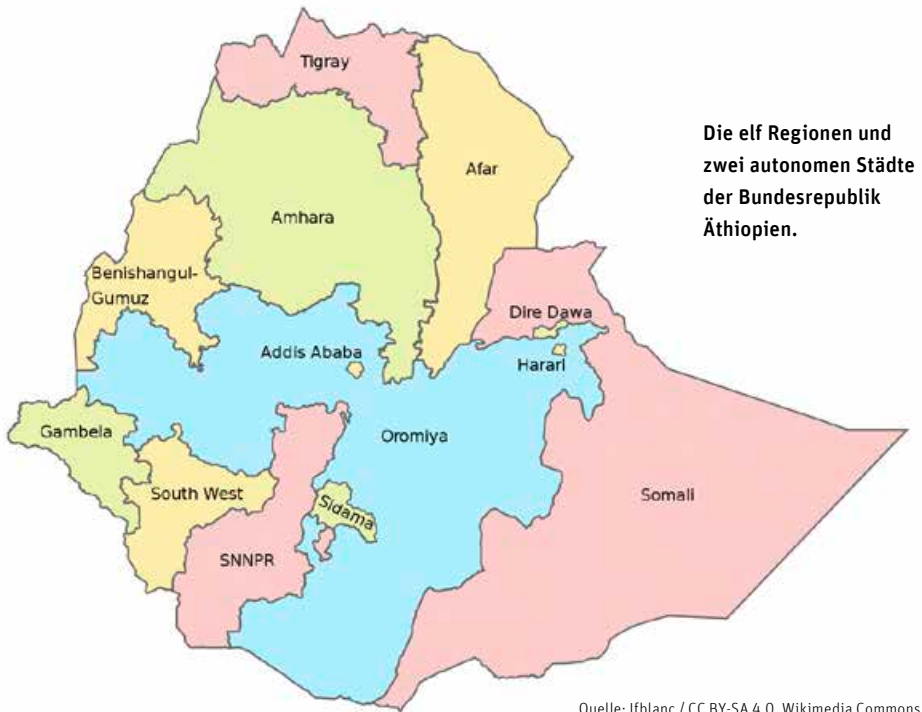
Das Staudammprojekt GERD löste einen Konflikt mit den Unterlaufanrainern Ägypten und Sudan aus. Insbesondere Ägypten fürchtet eine Verknappung des Nilwassers bei zu schneller

Füllung des Stausees. Immer wieder bezeichneten ägyptische Politiker eine Auffüllung ohne vorheriges Abkommen als „Rote Linie“ und drohten mit dem Einsatz militärischer Mittel, wie zuletzt der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi am 15. Juli 2021.³ Aufgrund eines Militärabkommens vom März 2021 könnten ägyptische Kampfflugzeuge gegebenenfalls Angriffe von Stützpunkten aus dem Nachbarland Sudan fliegen. Trotz Vermittlungsbemühungen der AU und den USA führten die trilateralen Verhandlungen bis heute zu keinem Abkommen. Eine Rolle spielt dabei auch die aufgeheizte nationalistische Stimmung in Äthiopien und Ägypten, die die Regierungen unter Druck setzt, keine Kompromisse zu machen. Ungeachtet aller Proteste begann Äthiopien im Juli 2020 mit der Füllung des Stausees; im Februar 2022 produzierte erstmals eine Turbine Strom.

Das STAUDAMMPROJEKT GERD führt zu Konflikten mit den Anrainerstaaten.

Hoffnungsträger Abiy Ahmed

Eskalierende gewalttätige Konflikte zwischen Oromos und Sicherheitskräften, aber auch zwischen Amharen und Oromos brachten Abiy Ahmed am 2. April 2018 in das Premierministeramt. Überraschend konnte er sich mit Unterstützung der EPRDF-Oromo-Partei gegen den von der TPLF unterstützten Kandidaten durchsetzen. Mit seiner Herkunft ist er grundsätzlich geeignet,



Brücken zu bauen: Sein Vater war ein muslimischer Oromo, seine Mutter eine christliche Amhara. Kernbotschaften seines 2019 verfassten Programms „Medemer“ (gemeinsam) sind Demokratisierung, Versöhnung, Ausbau der Bürgerrechte, Stärkung der Zivilgesellschaft und der Frauen, Transformation der ethnischen Politik in einen Pan-Äthiopismus, Liberalisierung der Wirtschaft, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, Erleichterung ausländischer Investitionen, Investitionen in Bildung sowie Abbau von Spannungen und regionale Integration.

Abiy entließ politische Gefangene, ließ Menschenrechtsverletzungen verfolgen, besetzte die Regierung zur Hälfte mit Ministerinnen und bekannte sich zu einem echten Mehrparteiensystem. Ver-

waltung und Staatsfirmen wurden umstrukturiert und zahlreiche Beamte und Offiziere entlassen. Die verbotene Widerstandsorganisation Ginbot 7 wurde als Partei legalisiert, mit der OLF ein Friedensabkommen geschlossen, und eine Oppositionelle und ehemalige politische Gefangene wurde als Leiterin der Wahlkommission eingesetzt. Unter Jugendlichen wurde der smarte 42-jährige Premierminister schnell zur Kultfigur.

Krönung seines im Eiltempo umgesetzten Reformprogramms war das am 16. September 2018 in der saudischen Stadt Dschidda unterzeichnete Friedensabkommen mit Eritrea, was nach 18-jährigem „Kalten Krieg“ einer Sensation gleichkam. Der internationale Hoffnungsträger Abiy wurde dafür im Dezember 2019 mit dem Friedensnobel-

preis ausgezeichnet. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hatten das Abkommen vermittelt, denn sie streben Einfluss an der afrikanischen Gegenküste an und waren bereits in Eritrea präsent (zum Beispiel über die VAE-Militärbasis in Assab).

Äthiopien und Eritrea vereinbarten die Wiederöffnung von Verkehrs- und Handelsverbindungen sowie die gemeinsame Modernisierung und Nutzung der eritreischen Häfen Assab und Massaua. Das 1993 zum Binnenland gewordene Äthiopien ist bestrebt, seine bisher auf Dschibuti konzentrierten Ein- und Ausfuhrwege zu diversifizieren. Das Projekt, wieder eine äthiopische Kriegsmarine aufzubauen, zeigt, dass Abiy auf eine mittel- bis langfristige Konföderation mit Eritrea, vielleicht sogar auf eine Wiedervereinigung setzt. Eritrea versprach sich von dem Abkommen internationale Aufwertung, eine Schwächung der verhassten TPLF und die Abtretung der Grenzgebiete. Das äthiopisch-eritreische Tauwetter war freilich nur kurz: Seit April 2019 hat Eritrea alle Grenzen wieder geschlossen. Wahrscheinlich fürchtet das sozialistische Regime das Eindringen oppositioneller Ideen.

Abiy Ahmeds Reformkurs soll die Grundlagen für eine nationale Machtausweitung schaffen, indem er innen- und außenpolitische Konflikte beenden und mit der Demokratisierung gesellschaftliche und ökonomische Potenziale freisetzen will. Er belebt den Panafrikanismus neu und sucht sein Land zu einem führenden Akteur in der ostafrikanischen Intergovernmental Authority on Development (IGAD), der AU und der UNO zu machen. Er ging nicht nur auf Eritrea zu, sondern intensivierte auch die Verbindungen mit Dschibuti und Somalia.

Im Innern setzte Abiy auf eine Rezentralisierung des Landes. Im Dezember 2019 überführte er die EPRDF in die Einheitspartei Prosperity Party (PP). Drei der vier ethnisch strukturierten Mitgliedsparteien lösten sich zugunsten der PP auf, nicht aber die TPLF. Als folgerichtig nächster Schritt dürfte Abiy die Umwandlung der ethno-föderalen Verfassung in eine zentralistische Ordnung vorschweben.

Der neue Premierminister
ABIY AHMED wurde mit seinem
Reformprogramm zunächst zum
gefeierten Hoffnungsträger.

Mit seinem Reformkurs machte sich der neue Premierminister aber auch Feinde. Am 23. Juni 2018 entging er nur knapp einem Attentat. Entlassene Politiker und Funktionäre wollen Einfluss und Pfründe zurückgewinnen, und die Demokratisierung eröffnet auch Nationalisten und Chauvinisten Freiräume. Verschiedenste Volksgruppen versuchen an Einfluss zu gewinnen, um ihre jeweiligen Interessen und Ziele durchzusetzen. Beispielsweise sucht ein Teil der Amharen ihren Einfluss durch Unterstützung Abiys zu mehren, ein anderer Teil setzt hingegen auf die Ausweitung des Föderalismus und ein „Groß-Amhara“. Ethno-politisch motivierte Gewalt schlug viele Menschen in die Flucht, Mitte 2020 waren es 1,8 Millionen Binnenvertriebene, im Großraum Addis Abeba forderten Zusammenstöße

zwischen Amharas und Oromos an die 200 Tote.

Bürgerkrieg in Tigray

Im November 2020 kam es zum Schlagabtausch zwischen der Bundesregierung und der Tigray-Region. Premierminister Abiy war entschlossen, die TPLF als Störfaktor gewaltsam auszuschalten und damit auch ein Exempel gegen ethno-nationalistische Bestrebungen zu statuieren. Die Folge waren anhaltende bürgerkriegsähnliche Kämpfe.

Die Regionalregierung von Tigray widersetzte sich der mit der Corona-Pandemie begründeten Verschiebung der Parlamentswahl durch die Bundesregierung auf 2021, sprach dieser die Legitimität ab und hielt am 9. September 2020 einseitig eine regionale Wahl ab. Abiy bereitete zu diesem Zeitpunkt bereits eine Militäraktion gegen Tigray unter Beteiligung eritreischer Kräfte vor.⁴ Südlich und östlich von Tigray zog Abiy Truppen zusammen, und die Beteiligung eritreischer Kräfte aus dem Norden sollte es ermöglichen, die TPLF in die Zange zu nehmen. Aber am 4. November umzingelten Spezialkräfte und Milizen der Tigray-Region das Armeeregionalkommando Nord in der Regionshauptstadt Mekelle und nahmen es ein, ebenso weitere Armeebasen. Viele Tausende äthiopische Soldaten wurden gefangen sowie eine große Zahl schwerer

Waffen erbeutet. Zahlreiche ethnische Tigrayer in der Armee liefen über. Aus Sicht der TPLF war es ein Akt präventiver Verteidigung.

Abiy hat sich mit den Oromos (35 Prozent der Bevölkerung) und Amharas (27 Prozent) sowie dem Nachbarstaat Eritrea verständigt, um die Dominanz der Tigrayer (6 Prozent der Bevölkerung) zu beenden. Schnell rückten die äthiopischen und eritreischen Soldaten sowie Spezialkräfte und Milizen aus Amhara vor und schlugen zurück. Letztere beanspruchten Gebiete in West-Tigray. Mit der Einnahme von Mekelle am 28. November 2020 erklärte Abiy den Konflikt für beendet. In der Region wurde eine Übergangsregierung eingesetzt und die TPLF als „extremistische Organisation“ verboten. Doch begann nun eine neue Phase des Guerillakriegs der regionalen „Tigray Defence Forces“ (TDF).

Viele Äthiopier halten der TPLF vor, sich jahrzehntelang Posten und Privilegien angeeignet und von der Korruption profitiert zu haben. Im Gegenzug erhebt die TPLF den Vorwurf, dass ihre Amtsträger überproportional entlassen und unter dem Vorwand von Korruption oder Menschenrechtsverletzungen verfolgt würden. Am Ethno-Föderalismus hält sie dezidiert fest.

Mit Ausnahme der Kriegsregion Tigray fanden am 21. Juni 2021 Parlamentswahlen statt. Abiys PP gewann 410 von 436 Sitzen. Bedeutende Oppositionsparteien hatten freilich die Teilnahme verweigert, da sie die Bedingungen nicht für frei und fair hielten. Die TDF nützten diese Ablenkung zur schnellen Wiedereroberung Tigrays und der Einnahme von Mekelle am 28. Juni. Zuvor waren die Übergangsregierung und die Regierungstruppen geflüchtet. Die erit-

**Im November 2020 setzten
BÜRGERKRIEGSÄHNLICHE Auseinander-
setzungen in Tigray ein.**



Die bis zu 3.500 Meter hohen Berge von Tigray begünstigten den Guerillakrieg von November 2020 bis Juni 2021 der TPLF gegen die äthiopischen und eritreischen Regierungstruppen.

reischen Kräfte, deren Präsenz Abiy Ahmed noch bis März 2021 dementiert hatte, zogen sich ins nördliche Grenzgebiet zurück. Wieder nahmen die TDF Tausende äthiopische Soldaten gefangen und erbeuteten zahlreiche Waffen.

Die TDF rückten im Juli 2021 in die Regionen Amhara und Afar vor, erreichten Ende November Debre Birhan, 130 Kilometer nördlich von Addis Abeba, und drohten mit der Einnahme der Hauptstadt. Anfang Dezember konnte die Regierungspartei das Blatt wieder wenden. Premierminister Ahmed begab sich medienwirksam im Kampfanzug an die Front, um die Verteidigung zu leiten. Die TDF hatten ihre Kräfte überdehnt und sich mit dem Übergang vom Guerillakampf zur konventionellen Kriegführung keinen Gefallen getan. Von der Regierung neubeschaffte Kampfdrohnen aus dem Iran, der Türkei und den VAE fügten ihnen bedeu-

tende Verluste zu. Bis 22. Dezember vollzogen die TDF einen angeblich geordneten Rückzug.

Ein Friedensnobelpreisträger setzt auf Gewalt

Das Beharren des Friedensnobelpreisträgers Abiy Ahmed auf einer gewaltsamen Lösung stieß international auf Unverständnis, ja sogar auf scharfe Kritik. Abiy traf sich mit dem von der AU entsandten Vermittlertrio, war aber nicht zu Verhandlungen mit dem Gegner bereit, da es sich um eine interne Rebellion handele. In der Armee und Verwaltung wurden Tigrayer entlassen oder sogar inhaftiert, auch waren aus Tigray stammende Unternehmer und Journalisten in diversen Landesteilen von Verfolgungsmaßnahmen betroffen.

Es erschienen Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen im von der Außenwelt abgeriegelten Tigray: Luftan-

griffe auf zivile Ziele, Plünderungen, Massenvergewaltigungen, willkürliche Verhaftungen und Tötungen. Es gibt Belege dafür, dass alle kriegführenden Parteien solche Taten zu verantworten haben. Zuletzt warf Human Rights Watch den TDF schwere Menschenrechtsverletzungen in der Amhara-Region vor. Doch gemäß einer UN-Untersuchung verübten die meisten Verbrechen die Kräfte Äthiopiens und Eritreas.⁵ WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus nannte im Januar 2022 die systematische Abriegelung Tigrays von humanitärer Hilfe „eine Hölle auf Erden“. Seit einem Jahr verweigere die Bundesregierung die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten.⁶ Im November 2021 waren 5,2 von 6 Millionen Einwohnern der Region von Hunger betroffen.

Nicht nur Tigrayer werfen Regierungsvertretern „genozidale“ Reden vor. So meinte der EU-Sondergesandte Pekka Haavisto: „Als ich die äthiopische Führung im Februar traf, gebrauchten sie diese Art von Sprache, dass sie die Tigrayer vernichten, sie für die nächsten 100 Jahre auslöschen würden und so weiter.“⁷ Abiy bezeichnete am 18. Juli 2021 die TPLF als „Teufel“, „Unkraut“ und den „Krebs Äthiopiens“, der ausgemerzt werden müsse. Seine Anschuldigungen richten sich auch gegen die Tigrayer, die er pauschal als „Kollaborateure“ denunziert.⁸ Als bekennender evangelikaler Christ ist er überzeugt, mit göttlicher Unterstützung Äthiopien vor seinen Feinden zu retten. Die Radikalisierung des Regierungslagers ist fortgeschritten, wenngleich sich eine Minderheit, darunter die (weitgehend auf repräsentative Aufgaben beschränkte) Staatspräsidentin Sahle-Work Zewde, im Hintergrund für einen Ausgleich einsetzt.

Abiy verteidigt trotz internationaler **KRITIK** sein militantes Vorgehen gegen die TPLF.

Abiy Ahmed sieht sein Land als Opfer eines Medienfeldzugs von TPLF-Lobbyisten, die zwischen 1991 und 2018 in Washington und New York gut eingespielte Netzwerke für Desinformation aufgebaut hätten. Mit der für ihn „partiischen“ UNO lieferte er sich einen Kleinkrieg und wies nach kritischen Äußerungen im Oktober 2021 sieben hochrangige UN-Diplomaten unter dem Vorwurf, sie würden die TPLF-Rebellen begünstigen, aus. Außerdem wurden an die 100 UN-Ortskräfte festgenommen. UN-Generalsekretär António Guterres wies die Vorwürfe entschieden zurück und prangerte vor dem Sicherheitsrat einen Verstoß gegen das Völkerrecht an.

Wie geht es weiter?

Möglicherweise bereitet Abiy nun eine Gegenoffensive vor. In den ersten beiden Januarwochen 2022 sollen gemäß der UNO 108 Zivilisten bei Luftangriffen auf Tigray getötet worden sein. Doch je länger der Konflikt anhält, desto größer ist das Risiko einer Desintegration des Landes. Armeeeinheiten mussten aus anderen Landesteilen abgezogen werden und können dortige Konflikte nicht hinreichend einhegen. Je länger Milizen aus anderen Regionen an der Seite der Regierungstruppen kämpfen, desto stärker werden sie eigene Agenden verfolgen und Kompensationen einfordern. Zahlreiche Konflikte sind in Äthiopien

ungelöst, so auch zwischen Ethnien im Süden, zwischen Oromos und Somalis oder zwischen Afars und Somalis.

Wünschenswert wäre ein militärisches Patt, das auf beiden Seiten die Friedensbereitschaft erhöhen würde. Mit einer Fortsetzung seines schonungslosen Straffeldzugs würde Abiy Ahmed die Tigrayer weiter unter der (autoritären und nicht unumstrittenen) Führung der TPLF zusammenschweißen. Hingegen könnten sich bei Verhandlungen die auch dort vorhandenen Oppositionskräfte einbringen. Die TPLF muss erkennen, dass sie, im Unterschied zum Bürgerkrieg der 1980er-Jahre, geografisch isoliert ist, keine hinreichende militärische Unterstützung von außen erhält und vielleicht auf Zeit, aber nicht auf Sieg spielen kann.

Ein Hoffnungszeichen war im Januar 2022 die Freilassung inhaftierter TPLF-Führer und anderer Oppositionspolitiker und Abiys Ankündigung eines Nationalen Dialogs. Wenn er stattfinden sollte und Oppositionsparteien, Rebellen und Zivilgesellschaft hinreichend einbezieht, könnte er Konflikte entschärfen und, begleitet von Maßnahmen zur Versöhnung, Ansprüche ethnischer Gruppen nach mehr Territorium, Ressourcen und Einfluss ausgleichen. Zusätzlich zu den Vermittlungsbemühungen der USA, EU und AU könnten auch China, Saudi-Arabien und die VAE eine Rolle spielen. Letztere beiden Staaten sind an einem baldigen Ende des bewaffneten Konflikts interessiert, da ansonsten der Iran und die Türkei die Lücke besetzen könnten.

Nur ein stabiles Äthiopien wird sein großes Potenzial realisieren können. Sein Zerfall wäre eine Katastrophe für das gesamte nordöstliche Afrika. ///



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros
Forschung & Politikberatung, München.

Anmerkungen

¹ United Nations Development Report: Human Development Report 2020. The next frontier: Human development and the Anthropocene, Genf 2021, S. 365, http://www.hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2020_overview_german.pdf, Stand: 11.1.2022.

² Brüne, Stefan: Äthiopien im Umbruch: Entwicklungsszenarien und ausländische Interessen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2020, S. 18 f., <https://www.bpb.de/apuz/308158/entwicklungsszenarien-und-auslaendische-interessen>, Stand: 11.1.2022.

³ Egypt's national security is a red line that cannot be crossed, we should not worry: Sisi. Ahram Online, 15.7.2021, <https://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/417308/Egypt/Politics-/Egypt-national-security-is-a-red-line-that-cannot.aspx>, Stand: 11.1.2022.

⁴ Abiy und sein eritreischer Amtskollege Isaias Afeawerki besuchten gegenseitig Militäreinrichtungen, siehe Ethiopia's Conflict in Tigray. Will the centre hold?, in: International Institute for Strategic Studies: Strategic Survey 2021. The Annual Assessments of Geopolitics, London 2021, S. 329.

⁵ UNO: Schwere Menschenrechtsverletzungen im Tigray-Konflikt, in: Tiroler Tageszeitung, 3.11.2021, <https://www.tt.com/artikel/18439431/uno-schwere-menschenrechtsverletzungen-im-tigray-konflikt>, Stand: 13.1.2022.

⁶ Nirgends auf der Welt sind wir Zeugen einer Hölle wie in Tigray, in: Der Spiegel, 12.1.2022, <https://www.spiegel.de/ausland/aethiopien-who-chef-tedros-adhanom-ghebreyesus-macht-abiy-ahmed-schwere-vorwurfe-a-2b5ff8d2-2321-47ab-8abd-f2134424d567>, Stand: 13.1.2022.

⁷ Zit. nach Plaut, Martin: The Tigray famine; lessons from 1984-85, in: RUSI Journal 166/2021, S. 24.

⁸ The Cancer of Ethiopia: Statement by PM Abiy Ahmed Tghat, 18.7.2021, <https://www.tghat.com/2021/07/18/the-cancer-of-ethiopia-statement-by-pm-abiy-ahmed>, Stand: 13.1.2022.